

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1567**

Martin Kayenburg

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Günter Neugebauer, MdL
im Hause

Kiel, 7. Dezember 2006

Sehr geehrter Herr Neugebauer,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 20. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 19. November 2006 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Martin Kayenburg

Beschlüsse

der 20. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 17. bis 19. November 2006

Beschlüsse

„Jugend im Landtag“ 2006

Bildung

1. Überarbeitung des Lehrerschlüssels

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Lehrerschlüssel so zu überarbeiten, dass mehr Lehrer eingestellt werden müssen, um die Klassen- und Kursgrößen zu senken.

2. Erhöhung der finanziellen Mittel für Schulen

Der Landtag wird aufgefordert die finanziellen Mittel für Schulen zu erhöhen.

3. Überprüfung von Lehrern

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Überprüfung der Lehrer durch neutrale Personen, z.B. durch Mitarbeiter des PISA Programms zu beschließen. Außerdem sollen Lehrer außerhalb dieser Überprüfungen aufgefordert werden, ihre Benotung schriftlich und nachvollziehbar festzuhalten.

4. Bedarfsabhängige Einführung von Regionalschulen

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Einführung von Regionalschulen bedarfsabhängig durchzuführen. Die Abhängigkeit sollte an den Erhalt von Schulstandorten gebunden werden. Die Landesregierung möge den Kommunen eine einheitliche Vorgabe geben, um Willkür der Kommunen bei der Durchsetzung des Programms zu vermeiden.

5. Förderung des Englischunterrichts an Hauptschulen

„Jugend im Landtag“ fordert eine Verbesserung des Englischunterrichtes an Hauptschulen und eine besondere Förderung internationaler Kontakte für Hauptschulen.

6. Unterricht von Politik- und Gesellschaftskunde ab der siebten Klasse

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass durchgehende Unterrichten von Politik- und Gesellschaftskunde ab der siebten Klasse einzuführen. Als Themen sollten auf jeden Fall die Strukturen unseres politischen Systems, die verschiedenen Religionen, Ökologie und andere politische Systeme behandelt werden. Einen weiteren Schwerpunkt sollte das Gespräch über aktuelle Ereignisse bilden.

7. Klassenfahrten

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Klassenfahrten trotz Ablehnung der Lehrer stattfinden können.

8. Investition von mehr Geld in Bildung

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, mehr Geld in Bildung zu investieren.

9. Keine Einführung der Profioberstufe

„Jugend im Landtag“ spricht sich ausdrücklich gegen die Einführung der Profioberstufe aus.

Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Energie

10. Sponsoring von Schulen aus der Wirtschaft

Die Landesregierung wird aufgefordert zuzulassen, dass Schulen durch Sponsoring aus der Wirtschaft gefördert werden dürfen. Die Zweckgebundenheit des Sponsorings ist dabei von der Schulkonferenz festzustellen. Sponsoring durch Parteien ist grundsätzlich zu verbieten.

11. Einführung gesetzlicher Mindestlöhne

Die Landesregierung soll sich für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne einsetzen, um dem Lohn-Dumping entgegenzuwirken und einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. Hauptsächlich soll ein Mindestlohn jedoch Menschen, die unterbezahlt arbeiten müssen, einen gewissen Lebensstandard ermöglichen und garantieren und sie nicht zu einem Instrument profitorientierter Unternehmen entgegen sozialer Verpflichtungen zu machen.

12. Förderung von Fahrgemeinschaften bei Firmen

Die Landesregierung soll Unternehmen fördern, damit diese den Arbeitnehmern zwecks Bildung von Fahrgemeinschaften Firmenwagen zur Verfügung stellen. Dies würde dann dem extremen CO₂-Ausstoß entgegenzutreten und die globale Klimaerwärmung reduzieren.

13. Ermäßigung für Schüler und Auszubildende auch auf Einzelfahrkarten

Die Landesregierung soll den in Kreisverbänden organisierten ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) auffordern, eine Ermäßigung für Schüler und Auszubildende auch auf Einzelfahrkarten einzuführen.

14. Einführung von Fahrtüchtigkeitsprüfungen ab dem Rentenalter

Die Landesregierung wird aufgefordert, für alle Personen mit Fahrerlaubnis ab dem Eintritt ins Rentenalter eine Fahrtüchtigkeitsprüfung einzuführen. Diese soll zumindest aus einem Reaktionstest, Sehtest und Hörtest bestehen und alle drei Jahre verpflichtend durchgeführt werden.

15. Herabsetzung der Promillegrenze auf 0,0

Die Landesregierung möge die Promillegrenze für alle Fahrzeugführer auf 0,0 Promille herabsetzen.

16. Keine feste Fehmarn-Belt-Querung

Die Landesregierung möge sich gegen die feste Fehmarn-Belt-Querung aussprechen.

17. Übernahme der Kosten für Schülerbusfahrten

Die Landesregierung wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die Schulverbände den Oberstufenschülern weiterhin die Bus- und Bahnfahrten bezahlen.

18. Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und gegen die Legalisierung gentechnisch veränderter Bestandteile in nicht als gentechnisch verändert gekennzeichneten Produkten auszusprechen.

19. Robbenjagd

Die Landesregierung möge auf Bundesebene die Diskussion über die Fangmethoden bei der Robbenjagd in Alaska anregen und sich für deren Änderung einsetzen.

20. Nachfolgeregelung des Kyoto-Protokolls

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich entschlossen für eine Nachfolgeregelung des Kyoto-Protokolls auszusprechen, sich für mehr Umweltschutz zu engagieren und leere Versprechungen zu unterlassen.

21. Keine Privatisierung der deutschen Flugsicherung

Die Landesregierung möge sich auf Bundesebene gegen die Privatisierung der deutschen Flugsicherung aussprechen.

22. Ausstieg aus der Atomenergie

„Jugend im Landtag“ spricht sich gegen eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie aus.

Gesellschaft, Soziales

23. Einführung von Generationenbilanzen

Auf Landes- und Bundesebene sollen verpflichtende Generationenbilanzen eingeführt werden.

24. Aufstockung der Fördermittel für außerschulische Jugendbildung

Die Landtag soll eine Aufstockung der Fördermittel für außerschulische Jugendbildung im Doppelhaushalt 07/08 beschließen.

25. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde

„Jugend im Landtag“ begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, den § 47 f Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) nicht abzuschaffen.

26. Förderung von Jugendbegegnungen

Die Landesregierung wird aufgefordert, Projekte zu fördern, die den Jugendlichen die Möglichkeit geben, innerhalb und außerhalb der Schulzeit an einer Jugendbegegnung mit kulturellem und/oder sprachlichem Hintergrund teilzunehmen.

27. Förderung von Ganztagsbetreuungsangeboten

Die Landesregierung möge Träger unterstützen, die Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, Kindergärten und Schulpflichtige anbieten. Ferner wird die

Landesregierung aufgefordert, genug kostenlose Kinderkrippen und Kindergärten zur Verfügung zu stellen (ab 6 Monaten).

28. Deutschkurse

Die Landesregierung möge verpflichtende multikulturelle Deutschkurse als 2. Stufe der Pflichtdeutschkurse fördern. Diese sollen für Immigranten sowie von nicht Deutsch sprechenden Deutschen besucht werden.

29. Rauchverbot im öffentlichen Raum

Die Landesregierung soll sich für das Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden und im gastronomischen Bereich einsetzen.

30. Suchtprävention

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Suchtprävention an Schulen durch mehr Kontrollen und härtere Strafen für den Konsum und Verkauf an Tabakwaren und Alkohol an unter 18-Jährige einzuführen. Ferner fordert „Jugend im Landtag“, dass der Konsum und der Verkauf von Alkoholika sowie auch Rauschmitteln in Form von Tabak unter 18 Jahren verboten wird.

31. Abschaffung der Praxisgebühr

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Praxisgebühr abzuschaffen, und auf eine Regelung hinzuwirken, dass Patienten zuerst zu ihrem Hausarzt gehen, bevor ein teurer Facharzt aufgesucht wird.

32. Kinderarmut

Die Landesregierung wird aufgefordert, der zunehmenden Kinderarmut in Schleswig-Holstein entgegen zu wirken.

Inneres, Recht

33. Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Der Landtag wird aufgefordert, die Nebeneinkünfte der Abgeordneten – ohne Angabe der zahlenden Unternehmen – ab einer Höhe von 25 000 € p.a. brutto zu veröffentlichen.

34. Personal in Justizvollzugsanstalten

Justizvollzugsanstalten sollen sowohl mehr Psychologen als auch geschultes Personal zugewiesen bekommen, um eine intensive Betreuung der Inhaftierten von Beginn bis zum Ende der Haft sicherzustellen.

35. Verbot von Soft-Air-Waffen

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Initiativantrag im Bundesrat für ein Verbot von Soft-Air-Waffen, Spielzeugwaffen und Gewaltcomputerspielen einzubringen.

36. Gewaltdarstellung in den Medien

„Jugend im Landtag“ fordert die Landesregierung auf, an die darstellenden Medien zu appellieren a) die Gewaltverherrlichung einzustellen und b) im öffentlich-rechtlichen Vorabend-Programm wieder vermehrt Werte und Wissen zu vermitteln.

37. Einrichtung eines Jugend-Landtages

Die Landesregierung möge einen regelmäßig tagenden Jugend-Landtag in Schleswig-Holstein berufen, der sich mit dem Landesparlament austauscht.

38. Bund fürs Bildungswesen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bund statt der Länder für das Bildungswesen zuständig ist.